

Meinungsmacher in der Krise

Warum Nichtregierungsorganisationen wie Peta, Greenpeace oder die Umwelthilfe schwere Zeiten durchleben

Nichtregierungsorganisationen bestimmen seit Jahren die öffentlichen Debatten. Allmählich wird die Kritik an den Meinungsmachern aber lauter. Und nun fürchten einige bereits um deren Existenz. Drohen ungünstige Verhältnisse, wo allzu regierungskritische NGOs ins politische und gesellschaftliche Abseits gedrängt wurden?

Von Dirk Fisser

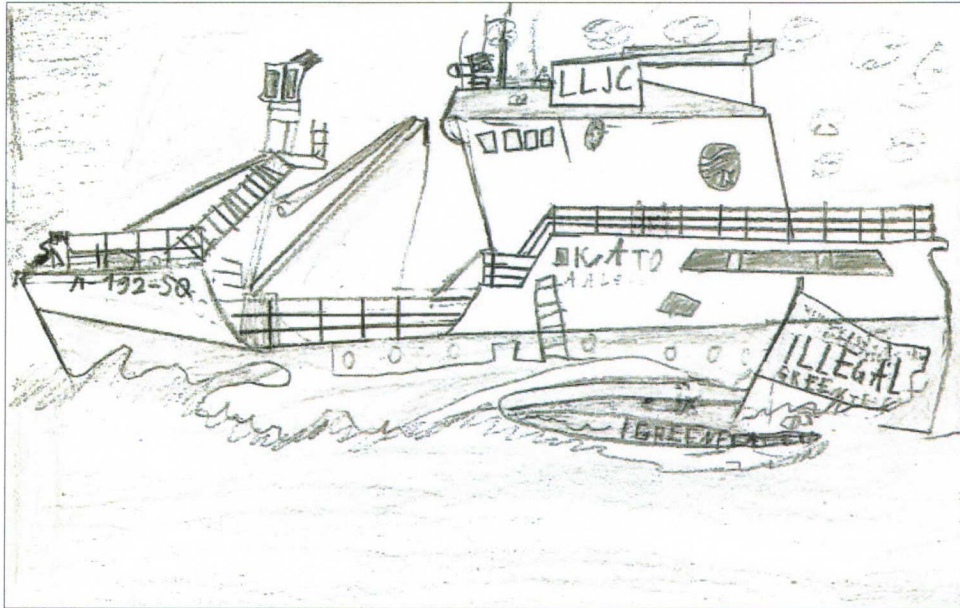
OSNABRÜCK Die Gegenoffensive wird aus einem Büro in einem Berliner Hinterhof mit Munition versorgt. Hier im Stadtteil Mitte sitzt die Prometheus-Stiftung. Ein Drei-Mann-Betrieb, der den sogenannten „NGO Observer“ im Internet ins Leben gerufen hat – eine Art digitale Beobachtungsplattform für Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Munition: Informationen zu Attac, Foodwatch, Oxfam, Peta oder der Deutschen Umwelthilfe. Viele der Nichtregierungsorganisationen also, die den öffentlichen Diskurs seit Jahren bestimmen.

Was nehmen sie jährlich ein? Welche Unterstützung erhalten sie vom Staat? Welche Positionen vertreten sie? „Daten sammeln, objektiv darstellen und so Transparenz schaffen“, beschreibt Clemens Schneider das Ziel des „NGO Observer“. Schneider trägt den Titel „Managing Director“ der Prometheus-Stiftung. Der Geschäftsführer der gemeinnützigen GmbH ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffer.

„Wir sind aber kein FDP-Ableger“, betont Schneider. Sein Chef Schäffer sagt: „NGOs polarisieren und tragen damit ihren Teil dazu bei, dass gesellschaftliche Spannungen größer werden.“ Er wolle dieser Entwicklung Aufklärung über die Hintergründe der vermeintlichen Stimmungsmacher entgegenzusetzen. „Es geht nicht darum, die Organisationen zu zerstören.“

Tausende in Ortsvereinen

Schäffers Grundannahme: Wenn die Bevölkerung weiß, wer und was hinter den NGOs steckt, dann werden diese nicht mehr so leicht in der Lage sein, die öffentliche Meinung zu bestimmen. Etwas bei der Tierrechtsorganisation Peta, die sich für die rechtliche Gleichstellung von Mensch und Tier einsetzt. Sie generiert jedes Jahr Spenden in Millionenhöhe. Anders als bei klassischen Tierschutzvereinen kommt das Geld aber nicht unmittelbar Tieren zugute, sondern wird für öffentlichkeitswirksame Aktionen im Sinne des Vereinsziels oder den Verwaltungsapparat des



Mit einem Schlauchboot, das von dem Greenpeace-Schiff „Sirius“ zu Wasser gelassen wurde, versuchen Aktivisten von Greenpeace in der Nordsee die Besatzung des norwegischen Walfangschiffes Kato daran zu hindern, Jagd auf Zwergwale zu machen.

Bild: Phillip Prescod (8), Hiller

Verne ausgegeben. Das steht auch so in den Geschäftsberichten. Aber wer liest die schon?

Ähnlich sieht es bei anderen Organisationen aus, die auf der Liste von „NGO Observer“ stehen. Sie haben keinen unmittelbaren gesellschaftlichen Nutzen, meistens keine breite Mitgliederbasis. Und sie sind auffällig häufig die deutschen Ableger von internationalen Organisationen.

Ein Vergleich: Der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) ruft zum Vogelzählen auf oder kümmert sich um Naturschutzgebiete. Dafür setzen sich Tausende Mitglieder in Ortsvereinen in ganz Deutschland ein. Haben Sie das schon einmal von Greenpeace gehört? „Greenpeace hilft der Erde“ ist eine Anzeige überschrieben, die die Organisation beim Suchdienst „Google“ geschaltet hat. Man könnte es auch so formulieren: Den einen geht es um die Verbesserung der Gegenwart für alle. Die anderen wollen eine bessere Zukunft im Sinne ihrer Überzeugungen.

Das konnten die Vereine jahrelang erfolgreich tun. Motive wurden selten hinterfragt – auch nicht von Journalisten – beziehungsweise es wurde vorausgesetzt, dass es jenen schon um die gute Sache geht. Kritische Artikel waren selten. Die Spendeneinnahmen stiegen, ebenso die Zahl der NGOs.

Das Marktforschungsinstitut Rheingold Salon wollte 2015 in einer repräsentativen Umfrage wissen: „Wem kann



Mit blutigen Pelzmänteln und Händen protestieren Peta-Aktivistinnen gegen das Tragen von Pelzen.

Bild: Linus Casper Wirtz (9), Hiller

man heute noch vertrauen?“ Die Antwort fiel eindeutig aus. Rund 80 Prozent der Befragten sagten: Unabhängigen Experten, persönlich Betroffenen – und Nichtregierungsorganisationen. Eben weil sie komplexe Probleme auf eine emotionale Ebene heben, so die Schlussfolgerung. Klassische Meinungsbildner wie Journalisten kamen gerade einmal auf 40 Prozent, die Wirtschaft auf 25 und Politiker auf 20 Prozent. Zahlen also, die eines belegen: Es hat eine Verschiebung der Deutungsmacht stattgefunden.

Die Umfrage ist fast vier Jahre alt. Mittlerweile zeichnet sich so etwas wie eine Gegenbewegung ab. Deren Erstarken bringt Clemens Schneider von der Prometheus-Stiftung auch in Zusammenhang mit dem Wirken der „Deutschen Umwelthilfe“ (DUH) – also einer der NGOs, die auf seiner Beobachtungsliste stehen. Vor Gericht streitet die DUH für Fahrverbote in Städten, weil Luft-Grenzwerde nicht eingehalten werden. Diesel-Fahrzeuge verunglimpfen die DUH und ihr Geschäftsführer Jürgen Resch als Tötungsmaschinen. Viele Diesel-Fahrer sind empört.

„Den Bogen überspannt“ Schneider schlussfolgert: „Die Umwelthilfe hat den Bogen überspannt. Wir sehen, dass zum ersten Mal breite Bevölkerungsteile die Auswirkungen der Arbeit einer NGO zu spüren bekommen.“

Tatsächlich hat der Verband mittlerweile mit einem heftigen, auch medialen Gegenwind zu kämpfen. Die Umwelthilfe klagt nicht mehr nur an, sondern muss sich auch rechtfertigen. Die Entwicklung weckt Erinnerungen an einen Arbeitsausstand vor einigen Jahren. Für gewöhnlich ist die Solidarität mit Streikenden groß in der Gesellschaft. Mehr Geld – wer kann das nicht nachvollziehen? Und wer ist schon davon betroffen, wenn etwa die Metaller die Arbeit niederlegen? Anders sah es vor einigen Jahren aus, als die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) zum Arbeitsausstand rief. Deutschland wurde lahmgelegt, weil eine vergleichsweise kleine Berufsgruppe mehr Geld verlangte. Kaum ein Zug fuhr, der Frust in Bevölkerung und Politik wuchs, am Ende stand ein hoch umstrittenes Gesetz

gegen Kleinstgewerkschaften wie eben die GDL.

Mit Recht und Gesetz ist den NGOs durch ihre Kritiker offenbar nicht beizukommen. Seit Jahren wird beispielsweise von Politik und Agrarlobbyisten versucht, sogenannte Stalleinbrüche im Namen von Tierschutzorganisationen strenger zu ahnden. Die Arbeit der NGOs würde dadurch erheblich erschwert. Aus den Skandalbildern ziehen sie zumindest teils ihre Legitimation. Alletzt: Es gelingt nicht.

Nun glauben die Kritiker aber einen anderen Hebel gegen die allzu lautstarke Nichtregierungsorganisationen gefunden zu haben: die Gemeinnützigkeit. Politiker aus CDU und FDP stellen diese bei der Umwelthilfe infrage. Bestätigt sehen sie sich nicht zuletzt durch ein Urteil des Bundesfinanzhofes. Der hatte kürzlich der globalisierungskritischen Organisation Attac letztinstanzlich eben diese Gemeinnützigkeit abgesprochen – ein Status, der erhebliche steuerliche Vorteile mit sich bringt und den so gut wie alle NGOs haben.

Sehr zum Ärger eben ihrer Kritiker. Zu den lautesten zählt Gero Hocker, FDP-Bundestagsabgeordneter. Er sagte kürzlich über das Wirken von NGOs: „Diese Vereine haben mit der Unwissenheit vieler und cleverem Marketing ein perfides Geschäftsmodell aufgebaut. Das funktioniert nur deswegen so gut, weil sie als gemeinnützig anerkannt sind und von massiven Steuerer-

leichterungen profitieren.“ Einziger Zweck von Vereinen wie der Tierrechtsorganisation Peta sei es, Gewinne zu erzielen. Ein harter, vielleicht schon populistischer Vorwurf, der letztlich darauf abzielt, die Glaubwürdigkeit von Peta und anderen NGOs zu zerstören. Hocker verbreitet seine Vorwürfe vor allem in sozialen Netzwerken wie Facebook. Also genau dort, wo auch NGOs massiv für ihre Sache werben. Und beide finden hier Zustimmung für ihre Positionen.

Doch wo führt diese Diskussion hin? Klassische Nichtregierungsorganisationen mit breiter Mitgliederbasis sind alarmiert. Angenommen, der Machtgewinn der NGOs in den vergangenen Jahren fiel zu deutlich aus, schlägt die Diskussion jetzt ins andere Extrem um, und werden die NGOs pauschal entmachtet?

Professor José Martínez von der Universität Göttingen beobachtet die Entwicklung. Der Experte für Öffentliches Recht spricht von einer „Bekämpfung der NGOs“. Dieses Phänomen sei eher aus China oder arabischen Ländern bekannt. Zuletzt auch in Polen, Ungarn oder der Türkei. „Hier soll der demokratische Akzent der NGOs ebenso unterdrückt werden“, sagt Martínez. Das könnte auch in Deutschland Schule machen, warnt er.

Er verweist darauf, dass die politische Willensbildung nicht allein Sache der Parteien sei. Die Zivilgesellschaft müsse einbezogen werden, und Teil der Zivilgesellschaft seien NGOs, die ihren spezifischen Blickwinkel einbringen, sagt Martínez. Für den Rechtswissenschaftler steht fest: „Es kann nicht darauf ankommen, ob die NGOs ein gesellschaftlich akzeptiertes Umwelt- oder Tierschutz fordern oder einen anderen Hebel gegen die allzu lautstarke Nichtregierungsorganisationen gefunden zu haben: die Gemeinnützigkeit. Politiker aus CDU und FDP stellen diese bei der Umwelthilfe infrage. Bestätigt sehen sie sich nicht zuletzt durch ein Urteil des Bundesfinanzhofes. Der hatte kürzlich der globalisierungskritischen Organisation Attac letztinstanzlich eben diese Gemeinnützigkeit abgesprochen – ein Status, der erhebliche steuerliche Vorteile mit sich bringt und den so gut wie alle NGOs haben.“

Datensammlung wächst

Problematisch wird es für ihn da, wo NGOs ihre politischen Ziele mit dem Allgemeinwohl gleichsetzen. „Das Allgemeinwohl wird aber im Staat durch staatliche Organe definiert, nicht durch einseitige Gruppeninteressen.“ Egal ob nun vonseiten der Wirtschaft oder der Gewerkschaften aufseiten der NGOs, so Martínez.

Die Datensammlung des „NGO Observers“ wächst derweil weiter. Und wer gerade auf der Internetseite unterwegs ist, der kann auch eine Spende hinterlassen. „Wir sind gemeinnützig, sodass Sie Ihre Zuwendung an uns steuerlich geltend machen können“, heißt es im Jahresbericht der Prometheus-Stiftung. So oder so ähnlich klingt das bei Peta oder Greenpeace auch.

Kampf für eine „rookvrije Generatie“

Die nordniederländische Stadt Groningen will erste raucherfreie Stadt werden / Bürger müssen aber keine Bußgelder befürchten

Von Helmut Hetzel

DEN HAAG Rauchverbote in der Gastronomie und in öffentlichen Gebäuden gibt es in den Niederlanden wie auch in Deutschland schon länger – Groningen geht noch einen Schritt weiter: Die Stadt in Nordholland versucht überall raucherfrei zu werden.

„Ich finde die Pläne gut. Verbote schrecken schließlich doch ab“, sagt Student Hans Jan Rispens, ein – wie er selbst sagt – „Noch-Raucher“. Der 21-Jährige raucht etwa drei Packungen Zigaretten in der Woche. „Das kostet

mich mehr als 20 Euro die Woche“, so Rispens. Auch deshalb will er den Glühmännchen künftig nicht mehr anzusehen. Ein mögliches Verbot kommt ihm da recht, wie er in einem Gespräch mit der Zeitung „NRC-Handelsblad“ anmerkte.

Die nördliche Metropole mit knapp 300.000 Einwohnern und 50000 Studenten, auch „jüngste Stadt der Niederlande“ genannt, will die erste komplett raucherfreie Stadt im Königreich werden. Das hat der Groninger Stadtrat jetzt mit Mehrheit beschlossen. Und nicht nur er allein.

Insgesamt 26 städtische Organisationen haben auf ihrem Territorium und ihren Grundstücken inzwischen ein absolutes Rauchverbot erlassen. Darunter alle Krankenhäuser, Apotheken, Universitäten und Schulen. In allen öffentlichen Gebäuden gilt das absolute Rauchverbot. Auf den Terrassen vieler Kneipen ist das Rauchen aber auch nicht mehr gestattet. Der niederländische Gastronomie-Verband ist allerdings dagegen, dass den Gastwirten ein Verbot auferlegt wird.

„Wenn man Menschen rauchen sieht, animiert das zum



Plakative Aktion: Eine Stadt will raucherfrei werden.

Bild: Aleyna Heek (9), Osnabrück

Rauchen“, meint Suchtmediziner Robert van de Graaf, der als einer der Initiatoren seit zwei Jahren in seiner Heimatstadt unermüdlich gegen den Tabakrauch kämpft. „Vor allem Kinder müssen vor dem Rauch und den Rauchern geschützt werden.“

Robert van de Graaf fordert seine Mitbürger auch dazu auf, alle Raucher offen anzusprechen, wenn diese es wagen, sich in der Öffentlichkeit noch eine Zigarette anzustecken. Denn wer das allgemeine Rauchverbot in Groningen nicht beachtet, der wird nicht etwa bestraft.

Raucher müssen kein Bußgeld befürchten. Sie sollen freiwillig so weit einlenken, dass sie in der Öffentlichkeit nicht mehr zur Fluppe greifen. Sozialer Druck soll das regeln. Ziel der Anti-Raucher-Initiative in Groningen ist es, eine „raucherfreie Generation“ zu erziehen. Entsprechende Poster hängen schon in der Stadt mit der Aufschrift „Rookvrije Generatie“.

Andere Städte wie Amsterdam, Rotterdam, Venlo, Nijmegen denken schon darüber nach, ob sie dem Beispiel von Groningen folgen wollen. Die Zahl der Raucher in den Nie-

derlanden sinkt seit Jahren. Nach Angaben des statistischen Zentralamts CBS raucht derzeit noch fast jeder vierte Niederländer, exakt 23 Prozent der erwachsenen Niederländer. Vor zehn Jahren war es noch jeder dritte Niederländer. 1990 rauchten noch mehr als 40 Prozent. Unter den Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 16 Jahren rauchten nach Angaben des Haager Gesundheitsministeriums noch rund 17 Prozent. Stell sich noch die Frage, ob dann auch bald alle Coffeshops schließen müssen, wo man sich den Stoff für einen Joint frei kaufen kann.